

## Rede von Konrad Adenauer zur Ratifizierung des EVG-Vertrages (19. März 1953)

**Quelle:** Verhandlungen des deutschen Bundestages. 1. Wahlperiode, von der 250. Sitzung am 25. Februar 1953 bis zur 262. Sitzung am 29. April 1953. Stenographische Berichte. Hrsg. Deutscher Bundestag und Bundesrat. 1953, Nr. 15. Bonn.

**Urheberrecht:** Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten. Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/rede\\_von\\_konrad\\_adenauer\\_zur\\_ratifizierung\\_des\\_evg\\_vertrages\\_19\\_marz\\_1953-de-d4c41dac-12b3-4d53-be43-9a45d993f89c.html](http://www.cvce.eu/obj/rede_von_konrad_adenauer_zur_ratifizierung_des_evg_vertrages_19_marz_1953-de-d4c41dac-12b3-4d53-be43-9a45d993f89c.html)

**Publication date:** 14/05/2013

## Rede von Konrad Adenauer zur Ratifizierung des EVG-Vertrages (19. März 1953)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der zweiten Lesung dieser Verträge hat der **Bundestag** verschiedene Beschlüsse gefaßt, zu denen ich zunächst Stellung nehmen möchte. Es ist beschlossen worden:

Die Bundesregierung wird verpflichtet, die Aufstellung des deutschen Kontingents zur europäischen Verteidigungsgemeinschaft so weit und so lange als möglich auf der Grundlage der freiwilligen Meldung durchzuführen.

Hierzu erkläre ich folgendes. In der Bundesrepublik wird nach Erfüllung aller Voraussetzungen die Aufstellung des deutschen Kontingents für die europäischen Verteidigungsstreitkräfte nach dem Inkrafttreten des EVG-Vertrages so weit als möglich auf der Grundlage freiwilliger Meldungen durchgeführt.

(Abg. Renner: Hat sie ja schon alles in der Tasche!)

und damit dem Beschluß des Bundestags vom 5. Dezember 1952 Rechnung getragen.

(Abg. Frau Thiele: Was heißt "so weit als möglich"?)

Der Europäische Verteidigungsgemeinschafts-Vertrag mußte jedoch die **endgültige Stärke des deutschen Kontingents** so vorsehen, daß es für den Verteidigungszweck ausreichend erscheint und in einem bestimmten Verhältnis zu den übrigen europäischen Kontingenten steht. Da diese Stärke aller Wahrscheinlichkeit nach durch freiwillige Meldungen nicht erreicht werden kann,

(Zurufe von der KPD: Aha!)

hat die Bundesregierung der für alle Teilnehmerstaaten gültigen Regelung des Vertragswerks zugestimmt.

(Abg. Renner: Aha, der Rest wird gezwungen!)

Der Bundestag hatte weiter folgenden Beschluß gefaßt:

Die Bundesregierung wird ersucht, mit den Vertragspartnern des EVG-Vertrages zu vereinbaren, daß sofort eine **ständige Konferenz der Regierungen der Vertragspartner** eingesetzt wird mit der Aufgabe, gemeinsam unter Wahrung der Verfassungen der Teilnehmerstaaten eine Politik zu entwerfen und durchzuführen, um bis zum Zustandekommen einer europäischen Gemeinschaft durch eine einheitliche europäische Willensbildung die gemeinsame Sicherung der Vertragsstaaten nach außen zu ermöglichen.

Dazu erkläre ich folgendes. Eine einheitliche europäische Willensbildung, durch die die gemeinsame Sicherung nach außen ermöglicht werden soll, ist auch jetzt schon als Ziel in der gegenwärtig auf **europäische Integration** gerichteten Politik inbegriffen. Die Konferenzen, die diese europäische Integration vorbereiten, haben zu einem ständigen Meinungs-austausch zwischen den Ministern und leitenden Beamten der Teilnehmerstaaten geführt. Die **Bundesregierung** wird im Sinne des Beschlusses des Bundestags vom 5. Dezember 1952 anstreben, den **ständigen Kontakt mit den Regierungen der Teilnehmerstaaten** zu verstärken, damit unter Wahrung der Verfassungen der Teilnehmerstaaten die Politik gemeinsam auf die Notwendigkeit eines Schutzes gegen Angriffe von außen ausgerichtet wird.

(Abg. Renner: Und die Saar?)

Der Bundestag hat weiter folgendes beschlossen:

Die Bundesregierung möge zu den Vertragswerken folgende verbindliche Erklärung abgeben:

Der deutsche Vertreter im Ministerrat wird vor der endgültigen Beschlußfassung über das Haushaltsvolumen der EVG und die Aufstellung der Beiträge auf die Mitgliedstaaten das zugrunde liegende Zahlenmaterial mit dem zuständigen Ausschuß des Deutschen Bundestages erörtern.

Dieser Antrag des Ausschusses für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten entsprach einer Anregung des Haushaltsausschusses, der für diese Fragen zuständig ist. Herr Bundesminister Schäffer hat dem Haushaltsausschuß bereits eine Erklärung im Sinne des Antrags abgegeben und mir hiervon Mitteilung gemacht. Diese Erklärung kann ebenfalls schriftlich abgegeben werden, falls das gewünscht wird.

Meine verehrten Damen und Herren! Seit der zweiten Beratung der Ratifikationsgesetze, seit Anfang Dezember, sind eine ganze Reihe von **außenpolitische Ereignisse** eingetreten. Diese neuen Ereignisse gestatten uns eine Nachprüfung der Frage, ob diejenigen Abgeordneten, die bei der zweiten Beratung für die Annahme gestimmt haben, und ob die Bundesregierung beim Abschluß der Verträge richtig gehandelt haben oder nicht.

(Abg. Renner: Da gibt es nur eine Antwort: Nein!)

Die wesentlichen Ereignisse, die seit dieser zweiten Beratung eingetreten sind, sind die folgenden.

Zunächst das **Ausscheiden des Außenministers Schuman** aus seinem Amt als Außenminister am 7. Januar 1953. Es drängt mich, seiner heute besonders zu gedenken,

(Zuruf des Abg. Renner)

weil er derjenige war, der allen europäischen Verträgen einen starken Antrieb gegeben hat.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die jetzige französische Regierung hat sich, wie ich zu meiner Genugtuung feststellen kann, sehr klar und entschieden für die bis dahin von Frankreich verfolgte europäische Politik ausgesprochen.

Ich fahre in der Darstellung der Ereignisse fort. Am 20. Januar 1953 hat **Präsident Eisenhower** sein neues Amt angetreten. Ich komme darauf noch besonders zurück. Am 11. Februar wurden die **französischen Vorschläge für Zusatzprotokolle** zu den Verträgen überreicht. Am 24. und 25. Februar war die **Konferenz der sechs Außenminister in Rom**. Am 5. März starb **Stalin**. Am 9. März übergab die **Ad-hoc-Versammlung den Entwurf eines Statuts der Europäischen Gemeinschaft** den sechs Außenministern. Am 11. März ließ die britische Regierung in den sechs EVG-Ländern gleichlautende Noten über die **Stellung Großbritanniens zum Vertrag der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft** überreichen.

Schon diese Aufstellung wichtiger außenpolitischer Ereignisse seit Anfang Dezember 1952 zeigt, in wie starkem Fluß die politische Entwicklung ist. Diese Fülle von politischen Ereignissen gibt uns, wie ich eingangs sagte, nochmals die Möglichkeit, nachzuprüfen, ob wir auf dem richtigen Weg sind oder nicht.

(Abg. Fisch: Auf dem Holzweg! - Abg. Frau Thiele: Wo bleibt da die Logik?)

Zwei Ereignisse möchte ich zunächst besonders hervorheben. Das eine ist der **Tod Stalins**. Welche Folgen der Tod Stalins auf den Gang der Weltpolitik und auf das Geschick Deutschlands und Europas haben wird, läßt sich naturgemäß bei der Gestaltung der Verhältnisse in Sowjetrußland noch nicht mit voller Klarheit erkennen. Eines aber, glaube ich, kann man mit Bestimmtheit sagen: der Tod Stalins hat die Gefahren, die in

der heutigen Weltlage enthalten sind und die insbesondere uns Deutsche bedrohen, sicherlich nicht gemindert.

(Zuruf von der Mitte: Richtig!)

Der Tod Stalins hat die Nachrichten, daß er seit längerer Zeit krank sei, in vollem Umfang bestätigt. Stalin war wohl schon geraume Zeit den physischen und psychischen Anstrengungen, die ein heißer Krieg an ihn gestellt hätte, nicht mehr gewachsen.

(Erregte Zurufe links: Unerhört! - Abg. Renner: Was Sie sich da erlauben! - Weitere Zurufe von der SPD und KPD.)

Er hatte auch, an seinen Ideen gemessen, in seinem Leben große Erfolge gehabt,

(Abg. Reimann: Das ist eine Gemeinheit sondergleichen!)

so daß man verstehen kann, daß er diese Erfolge nicht durch einen heißen Krieg gefährdet wissen wollte und daß er sich scheute, sich Aufregungen und Anstrengungen, denen er nicht mehr gewachsen war, auszusetzen.

(Abg. Reimann: Unerhört!)

Der Tod Stalins hat die **Labilität der Weltlage** noch gesteigert, die Gefahr, in der wir alle schweben, noch vermehrt.

(Abg. Renner: Das ist Lüge, was Sie sich da erlauben!)

Vielleicht haben wir, bis sich die **Machtverhältnisse in Sowjetrußland** konsolidiert haben, eine Atempause, die hoffentlich die europäischen Völker zum Aufbau ihrer Verteidigung zu nutzen wissen.

(Abg. Renner: Sie zum Teufel jagen, dann haben wir Ruhe! - Weiterer Zuruf von der KPD: Provokateur!)

Der **Amtsantritt des Präsidenten Eisenhower** ist ein Ereignis von größter Bedeutung nicht nur für die Vereinigten Staaten,

(Abg. Renner: Eisenhower, das ist der heiße Krieg!)

sondern für die ganze Welt, insbesondere auch für uns Europäer. Ein **Wechsel in der Administration** der Vereinigten Staaten hätte für die von ihnen hinsichtlich Europas einzuschlagende Politik unter Umständen eine Änderung der bisherigen Linie bringen können, die für uns Europäer sehr vieles hätte bedeuten können. Präsident Eisenhower kennt von seiner Zeit als Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte her die Lage in Europa und den sowjetrussischen Druck. Er ist, wie wir alle wissen, bereit, die schon unter seinem Vorgänger hinsichtlich der Verteidigung Europas geführte Politik gegenüber dem Druck von Osten fortzusetzen,

(Abg. Renner: Das ist das Niveau eines kleinen Mannes!)

wenn nötig verstärkt fortzusetzen. Die neue Aktivität, die in den Vereinigten Staaten die mit dem Präsidentschaftswahlkampf verbundene Stille in der außenpolitischen Betätigung ablöste, wird sich in Bälde zeigen.

(Zurufe von der KPD: Ja, ja, das ist sicher! - Faschismus!)

Mit aufrichtiger Freude haben wir alle das **Bekanntnis Eisenhowers zum Schutze der Freiheit und zum Frieden** gehört.

(Beifall bei den Regierungsparteien. - Abg. Renner: Alle Kriegstreiber haben sich darüber gefreut!)

Es waren schon geraume Zeit vor dem Tod Stalins Stimmen laut geworden, die glaubten, sein Tod werde eine allgemeine Entspannung bringen. Es hat sich gezeigt, daß diese Entspannung nicht eingetreten ist, daß im Gegenteil die sowjetrussischen Machthaber unruhiger sind, als es Stalin war. Es hat Stimmen gegeben, die vor der Inauguration des Präsidenten Eisenhower glaubten,

(anhaltende Zurufe des Abg. Renner)

die neue amerikanische Administration werde eine andere Haltung gegenüber Sowjetrußland und Europa einnehmen, als das die Vereinigten Staaten unter Truman getan haben; Stimmen, die glaubten, daß die amerikanische Administration alsbald in aussichtsreiche Verhandlungen über die Beseitigung der Spannungen zwischen Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten eintreten und ihr Interesse an Europa und der Bundesrepublik verlieren würde.

(Zurufe von KPD: An Ihnen vielleicht!)

Auch diese Propheten haben sich getäuscht. Das amerikanische Interesse

(Abg. Renner: ... an Ihnen!)

an der **Integration Europas**, an dem Zustandekommen des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ist noch stärker zum Ausdruck gekommen als im letzten Halbjahr 1952.

(Anhaltende Zurufe von der KPD.)

Ich darf daran erinnern, daß Staatssekretär Foster **Dulles** bei seinem Besuch in Bonn erklärt hat, die Politik der Vereinigten Staaten gehe dahin, mitzuhelfen, daß sich **Westeuropa zu einem festen Bollwerk der atlantischen Verteidigung von Frieden und Freiheit** zusammenschließe.

(Zuruf von der KPD: Wolf im Schafspelz!)

Wenn schon im Jahre 1952 der Abschluß der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und die Fortsetzung der Europapolitik der Bundesrepublik notwendig war, so sind sie seit der Übernahme der Präsidentschaft durch Eisenhower

(Zuruf von der KPD: Noch amerikanischer!)

und seit dem Tode Stalins noch notwendiger geworden. Sie sind auch deshalb noch notwendiger geworden,

(Abg. Frau Thiele: Damit Sie eine gute Note kriegen!)

damit die Bundesrepublik endlich aus dieser unmöglichen Lage herauskommt, in der sie sich zur Zeit befindet.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wir stehen noch immer unter **Besatzungsrecht**

(Abg. Renner: Und ihr bleibt Kolonie!)

mit all den Konsequenzen, die ein Besatzungsrecht mit sich bringt. Auch wenn die Westalliierten von den ihnen zustehenden Rechten zur Zeit einen zurückhaltenden Gebrauch machen, immerhin

(Abg. Rische: Kann es anders werden, nach der Notstandsklausel!)

sie machen noch Gebrauch davon. Wir haben noch immer **Industriebeschränkungen**; wir haben noch immer die Tatsache, daß die oberste Gewalt in der Bundesrepublik in den Händen der Besatzungsmächte liegt,

(Zuruf von der KPD: Bleibt!)

und noch immer sind wir Objekt in der auswärtigen Politik.

(Zuruf links: Bleibt auch so!)

Auch wenn man im Hinblick darauf, daß von den Regierungen der Deutschlandvertrag und der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft unterschrieben sind, uns dies nicht immer fühlen läßt und uns in den Fragen, die das **Verhältnis Deutschlands zu Sowjetrußland** betreffen, konsultiert - letzten Endes haben wir noch kein Recht auf solche Konsultationen. Wir können keine selbständige Außenpolitik treiben. Wir sind, wie ich eben sagte, noch immer ein Objekt der Außenpolitik der anderen. Noch immer, meine Damen und Herren, sind wir auch ohne ausreichenden Schutz gegenüber den **Bedrohungen aus dem Osten**. Ich glaube, der größte Teil der Deutschen gibt sich nicht Rechenschaft darüber, wie groß diese Bedrohung ist;

(Abg. Müller [Frankfurt]: Sie glauben den Schwindel nicht mehr!)

sie wissen nicht, wie dünn die Decke ist, auf der das deutsche Volk lebt und arbeitet. Die **Zwischenfälle in der Luft**, die in den letzten Wochen stattfanden

(Abg. Rische: Die organisiert sind!)

und die fast den Charakter von Luftgefechten zwischen sowjetischen und tschechoslowakischen Flugzeugen auf der einen, amerikanischen und britischen Flugzeugen auf der anderen Seite annahmen - und zwar über deutschem Boden und in deutschem Luftraum -, mußten jedem nachdenkenden Deutschen klar machen, wie machtlos wir sind

(Abg. Rische: Das wurde organisiert!)

und wie groß die Gefahren sind, in denen wir schweben.

(Abg. Müller [Frankfurt]: Das ist Propaganda!)

Aus solchen Zwischenfällen können sich ja nur zu leicht schwerwiegende Folgen für unser Land ergeben. Ich weise in diesem Zusammenhang auch hin auf den **Strom der Flüchtlinge aus der Sowjetzone**,

(Zuruf von der KPD: Den Sie organisieren!)

auf die **Verschleppungen aus West-Berlin**.

(Zuruf des Abg. Rische.)

Heute früh bringen wieder die Morgenblätter eine Nachricht über einen Mord an einem Polizeiwachtmeister von Westberlin

(Abg. Renner: Das ist doch die Höhe!)

und von einem Luftgefecht zwischen einem sowjetrussischen und einem amerikanischen Flugzeug vor der Ostküste von Kamtschatka.

(Abg. Renner: Schwätzt so einen Dreck hier!)

Von der Größe der Gefahr,

(Abg. Renner: Die Sie bedeuten!)

in der wir schweben, geben folgende Ziffern eine sehr nüchterne und eine sehr klare Vorstellung.

(Abg. Rische: Alter Hetzer!)

Rund 140 sowjetrussische Divisionen, 70 Divisionen in den Satellitenstaaten und in der Sowjetzone stehen an unserer Grenze oder in zweiter Linie hinter diesen Grenzdivisionen.

(Abg. Renner: Er hat schon einmal von mehr gesprochen!)

Alle diese Divisionen sind nunmehr mit den besten und modernsten Waffen ausgerüstet. Wir Deutschen, meine Damen und Herren, haben selbst nichts, aber auch gar nichts, was unser Land schützen könnte.

(Zuruf von der KPD: Ja, wie viele Divisionen wollen Sie denn haben?)

Wir sind auf den guten Willen der Westalliierten angewiesen; wir haben keine vertraglichen Rechte diesen gegenüber. Wenn man sich dann noch vor Augen hält, wie ungeheuer stark die **Labilität der gesamten politischen Lage** auf der Erde infolge der zwischen Ost und West eingetretenen Spannungen ist, dann kann, glaube ich, nur jeder Deutsche den einen Wunsch haben: da solange, bis Sowjetrußland einsieht, daß es trotz all seiner militärischen Macht nichts ausrichten kann, wir nicht in Ruhe und Sicherheit leben können, wir vielmehr für unsere Freiheit und für alles, was uns teuer ist, fürchten müssen, müssen wir alles tun, den nötigen Schutz und die nötige Sicherheit zu erhalten.

(Bravo! rechts. - Abg. Rische: Für uns!)

Der Abschluß und die Durchführung der Verträge geben uns diese größtmögliche Sicherheit.

(Abg. Niebergall: 109 Vorrechte!)

Die Bundesrepublik wird dadurch einbezogen in ein **Sicherheitssystem**, das als **gemeinsame Aufgabe** und als **gemeinsames Interesse** von der gesamten westlichen Welt getragen wird. Zunächst bekommen wir ein **Recht auf den Beistand der EVG-Staaten**. Jeder bewaffnete Angriff gegen irgendeinen der Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in Europa oder gegen die europäischen Verteidigungstreitkräfte wird als ein Angriff gegen alle Mitgliedstaaten angesehen. Die Mitgliedstaaten der EVG und ihre Verteidigungstreitkräfte leisten der Bundesrepublik im Falle eines Angriffs mit allen ihnen zu Gebote stehenden militärischen und sonstigen Mitteln Hilfe und Beistand.

(Abg. Renner: Ihr geht aber nicht mehr nach Stalingrad; das bringt ihr nicht mehr fertig!)

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß wir zur Zeit nur Objekt der Außenpolitik anderer Mächte sind, daß wir von anderen zwar geschützt werden, aber nur so lange und so weit, als unser Schutz in deren Interesse liegt.

(Abg. Renner: Wird das später anders?)

Am deutlichsten wurde der bisherige Charakter der Bundesrepublik als reines Objekt durch **Art. 6 des Nordatlantikpakts** gekennzeichnet. In ihm war bestimmt, daß zwar der Angriff auf in der Bundesrepublik stationierte Streitkräfte der Nordatlantikpaktstaaten die Verpflichtungen aus diesem Pakt auslöst; aber ein Angriff auf in der Bundesrepublik stationierte Streitkräfte der Nordatlantikpaktstaaten die Verpflichtungen

aus diesem Pakt auslöst; aber ein Angriff auf die Bundesrepublik selbst löste die Beistandsverpflichtung der Nordatlantikpaktstaaten nicht aus. Nach Abschluß des EVG-Vertrages wird das Gebiet der Bundesrepublik ebenso zum Gegenstand der Verteidigung durch die Nordatlantikpaktstaaten wie das Gebiet der anderen Mitgliedstaaten dieses Paktes.

Der EVG-Vertrag wird ergänzt durch einen besonderen **Vertrag zwischen den Mitgliedstaaten der EVG und Großbritannien**, der seinerzeit in Paris unterzeichnet und vom britischen Parlament genehmigt worden ist. In diesem Vertrag verpflichtet sich Großbritannien zur **automatischen Beistandsleistung** bei der Abwehr jeden Angriffs auf Mitgliedstaaten der EVG. Großbritannien ist damit verpflichtet, der Bundesrepublik im Angriffsfall automatisch militärische Hilfe zu gewähren.

Ich erwähnte schon, daß das Gebiet der Bundesrepublik nach Ratifizierung der Verträge durch den EVG-Vertrag, den Vertrag zwischen EVG und Großbritannien und auch durch die anderen Mitglieder des Nordatlantikpaktes gesichert wird. Durch drei Protokolle ist im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Vertrages über die Gründung der EVG eine enge Verbindung zwischen diesem Vertrag und dem **Nordatlantikpakt** geschlossen worden. Ich betone nochmals, weil das von so außerordentlich großer Bedeutung für uns ist, was ich eben schon gesagt habe: ein Angriff auf die Mitglieder der EVG in Europa, damit auch auf die Bundesrepublik, löst die Beratungs- und Hilfeverpflichtungen aus dem Nordatlantikpakt ebenso aus, wie ein Angriff auf ein Mitglied des Nordatlantikpaktes die Beistandsverpflichtungen der Mitglieder der EVG wirksam werden läßt.

Neben der Verpflichtung, die die Vereinigten Staaten als Mitglied des Nordatlantikpaktes mit der EVG verbindet, hat der **Außenminister der Vereinigten Staaten** zusammen mit den Außenministern von Frankreich und England gleichzeitig mit der Unterzeichnung des Vertrages über die Gründung der EVG eine **feierliche Garantieerklärung** für diese Gemeinschaft und mit ihr für die Bundesrepublik sowie für Berlin abgegeben. In dieser Erklärung haben die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich ausdrücklich festgelegt, daß durch einen Angriff auf die Integrität der EVG und damit auf die Bundesrepublik die Unterstützungsverpflichtungen nach Art. 4 des Nordatlantikpaktes ausgelöst werde. Durch Noten der britischen Regierung vom 3. Februar und vom 11. März dieses Jahres sind Verhandlungen eingeleitet worden, um die **britischen Verpflichtungen** gegenüber der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft noch zu verstärken. Die britische Regierung hat in der ersten Note, in der Note vom 3. Februar, eine enge militärtechnische Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der EVG und den britischen Truppen vorgeschlagen. Großbritannien ist bereit, Ausbildungsmöglichkeiten bereitzustellen und in gemeinsame Beratungen über Fragen der Ausbildung einzutreten. Ein Austausch von Offizieren für Kommando- und Stabsdienst und gemeinsame Ausbildung von Formationen unter dem Oberbefehl des Atlantischen Oberbefehlshabers sollen durchgeführt werden. Besonders eng soll die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Luftwaffe sein, wo an einen Austausch von Staffeln der Luftstreitkräfte und an eine Koordinierung des gesamten Luftverteidigungssystems gedacht ist.

In der Note vom 11. März hat sich die britische Regierung bereit erklärt, in einer formellen Erklärung die Verpflichtungen zusammenzufassen und feierlich zu wiederholen, die ihr aus dem Vertrag zwischen Großbritannien und der EVG, sowie aus den Protokollen über die Beistandsverpflichtungen der Nordatlantikpaktstaaten gegenüber der EVG und schließlich aus der Garantieerklärung vom 27. Mai 1952 erwachsen.

Ferner — das ist sehr bedeutungsvoll, meine Damen und Herren — hat sich die britische Regierung in der Note vom 11. März bereit erklärt, auf eine Verlängerung der Laufzeit des Nordatlantikpaktes auf 50 Jahre hinzuwirken,

(Zuruf von der KPD: Kriegsbündnis für 50 Jahre!)

um ihn damit der Laufzeit des EVG-Vertrages anzugleichen.

(Zuruf von der KPD: Latenter Kriegszustand!)

Schließlich ist Großbritannien, wie aus der Note vom 11. März hervorgeht, auch bereit, bei den Arbeiten der EVG dadurch unmittelbar mitzuwirken, daß die britische Regierung eine **Sondermission** zu dem Kommissariat der EVG entsendet und einen Vertreter an Sondersitzungen des Ministerrats teilnehmen läßt. In den Sondersitzungen des Ministerrats der EVG sollen die Richtlinien der Zusammenarbeit zwischen der EVG und Großbritannien erörtert und eine Konsultation in allen Fragen gemeinschaftlichen Interesses herbeigeführt werden.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß es wichtig und wertvoll für uns Deutsche ist, diese ganzen Verbindlichkeiten und Verpflichtungen einmal insgesamt, abgesehen von den Einzelheiten der Verträge, darzustellen.

(Abg. Rische: Was ist denn mit dem Notstand, mit der Bindungsklausel?)

Natürlich bringt ein Vertrag, der unter Sechsen geschlossen wird, keinem der vertragschließenden Teile eine volle Erfüllung seiner Wünsche und seiner Interessen.

(Abg. Strauß: Sehr richtig!)

Nur durch **Kompromisse und Ausgleich** kommen schließlich solche Verträge zustande. Aber es ist nach meiner Meinung nicht richtig, sich in einer Kritik der Einzelbestimmungen zu erschöpfen. Das Wesentliche ist eine politische Entscheidung. Das Wesentliche ist, die großen und entscheidenden Gesichtspunkte zu sehen.

Wenn wir die Verträge und die Weltlage betrachten, so ist folgendes absolut sicher: Wir sind bedroht. Wir sind **Objekt der Außenpolitik** anderer. Wir können uns nicht wehren. Wir haben keinen Anspruch auf Schutz. Das wird sich nach der Ratifizierung der Verträge grundlegend und schnell ändern.

(Abg. Niebergall: Ja: durch den Krieg!)

Wir werden uns dann zusammen mit den übrigen Teilen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und den NATO-Streitkräften selbst verteidigen können. Wir werden gesichert und einbezogen in die größte Verteidigungsorganisation, die die Menschheit bisher geschaffen hat.

(Zuruf von der KPD: Das haben wir schon einmal gehört!)

Wir legen durch die Ratifizierung dieser Verträge als freies Volk die **Grundlage für eine politische und wirtschaftliche Einigung Europas** und retten damit Europa vor dem drohenden Zerfall und Untergang.

Das, meine Damen und Herren, sind die großen, in Wahrheit entscheidenden Gesichtspunkte für unsere Entschlüsse und für unser Handeln.

(Abg. Rische: Das war die Rede von Hitler in Saarbrücken!)

Von ihnen müssen wir uns leiten lassen und nicht von dem, was uns in diesem oder jenem Artikel nicht gefällt. Die Zeitverhältnisse verlangen gebieterisch **Entscheidungen nach großen Gesichtspunkten**. Bei vielen Gesetzen mag man die einzelnen Bestimmungen kritisieren und zerplücken; hier geht das nicht an. Wenn man sich über das Ziel klar ist, muß man entschlossen den Weg gehen, der zu diesem Ziele führt.

(Abg. Niedergall: Heil Hitler! - Gegenrufe von den Regierungsparteien: Armer Irrer! - Unerhört! - Abg. Dr. Gerstenmaier: Das geht doch zu weit! - Zuruf von der KPD: Was ist denn unerhört? Da bleibt Ihnen die Spucke weg! - Abg. Strauß: Holen S' doch einen Krankenwagen!)

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, zu einigen der bisher von Angehörigen der Opposition — dazu rechne ich nicht mehr die Kommunisten —

(Sehr gut! und Beifall bei den Regierungsparteien.)

und zu den in den Oppositionszeitungen gemachten Einwendungen gegen den Abschluß der Verträge Stellung nehmen.

Man sagt uns: Ihr gründet ein Klein-Europa! Alle freien europäischen Länder müssen zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft hinzugenommen werden! Das gilt vor allem von Großbritannien. - Gegenüber dieser Einwendung weise ich sehr nachdrücklich auf die letzten **Noten Großbritanniens** vom März dieses Jahres **über seine Stellung zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft** hin. Diesen Erklärungen Großbritanniens gegenüber kann man wahrhaftig nicht mehr davon sprechen, daß Großbritannien nicht absolut zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft politisch und militärisch steht. Daß die nordischen Staaten den Abschluß der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und die damit in Zusammenhang stehende europäische politische Gemeinschaft von Herzen begrüßen, wissen wir alle durch ihre eigenen Erklärungen.

Man sagt weiter — und damit komme ich auf die Geschäftsordnungsdebatte zurück —: Aber Frankreich verlangt **Zusatzprotokolle**. Ehe diese Frage der Zusatzprotokolle nicht entschieden ist, können wir nicht Stellung nehmen. — Nun, meine Damen und Herren, man hat hier zu den Verträgen schon Stellung genommen, noch ehe überhaupt von Zusatzprotokollen die Rede gewesen ist.

(Sehr gut! bei den Regierungsparteien. — Abg. Renner: Da hatten Sie es doch schon unterschrieben!)

Aber ich halte eine solche Einwendung für völkerrechtlich falsch, ich halte sie für politisch falsch. Die französische Regierung, der damalige Ministerpräsident **Pinay** und Außenminister **Schuman**, haben die Verträge unterschrieben und sind damit die Verpflichtung eingegangen, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um eine Genehmigung der Verträge durch ihr Parlament herbeizuführen.

(Abg. Renner: Und das Parlament hat sie zum Teufel gejagt!)

Die Regierung **Mayer** und Außenminister **Bidault** haben sich ausdrücklich zu der gleichen Verpflichtung bekannt.

(Zuruf von der KPD: Und das Volk?)

Wenn jetzt von französischer Seite die Frage von Zusatzprotokollen oder, wie ein andermal gesagt worden ist, von Erläuterungen zu dem EVG-Vertrag aufgeworfen wird, so wird man bei der Erörterung dieser gewünschten Erläuterungen davon auszugehen haben, daß sie weder dem Sinne noch dem Wortlaut des Vertrags widersprechen dürfen.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Die **Konferenz von Rom** am 25. und 26. Februar hat sich mit dieser Frage beschäftigt.

(Abg. Niebergall: Und Sie sind als Lügner überführt worden! — Pfui-Rufe. — Zurufe von der Mitte: Unerhört! — Unruhe.)

[...]

In dem gemeinsam sehr sorgfältig abgewogenen **Schlußkommuniqué** hat sie übereinstimmend, auch mit Zustimmung des französischen Außenministers, ihre Meinung wie folgt festgelegt:

Die Minister haben anschließend den Stand der Ratifikation des EVG-Vertrages geprüft und haben einstimmig ihre Überzeugung verkündet, daß, um ihren Willen zur Verwirklichung der europäischen Idee konkret zu beweisen und um den Gefahren zu begegnen, die noch immer auf dem freien Europa lasten, es notwendig ist, ohne weiteren Verzug zur **Verwirklichung der europäischen Idee** zu kommen.

Die Minister haben festgestellt, daß den Parlamenten aller Mitgliedstaaten der Entwurf des Vertrages über die Verteidigungsgemeinschaft vorgelegt worden ist, und haben bekräftigt, daß ihre Regierungen fest entschlossen sind, den Entwurf **unter besonderem Hinweis auf seine äußerste Dringlichkeit** vor den Parlamenten zu vertreten.

Die Minister haben von den Erörterungen Kenntnis genommen, die auf Grund der **französischen Zusatzanträge** in dem Ständigen Interimsausschuß im Rahmen der diesem bei Unterzeichnung des Vertrages übertragenen Aufgaben stattgefunden haben. Die Minister haben den **Interimsausschuß** ersucht, seine Arbeiten unter Berücksichtigung der für bestimmte Vertragschließende bestehenden überseeischen Aufgaben fortzusetzen und sobald wie möglich über Formulierungen zu entscheiden, die sich im Rahmen der Auslegung des Vertrags halten und das in verschiedenen Parlamenten bereits eingeleitete Verfahren nicht behindern.

Daraus ergibt sich völlig klar, daß die **Ratifizierung der Verträge** ohne Rücksichtnahme auf die von der französischen Regierung gewünschten Erläuterungen von allen Außenministern gewünscht und als notwendig anerkannt wird.

Ein weiterer Einwand gegen Abschluß der Verträge: Es wird behauptet, daß dadurch die **Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit** verhindert wird. Nichts, meine Damen und Herren, ist falscher als diese Ansicht.

(Sehr richtig! bei den Regierungsparteien. - Oho-Rufe links. - Abg. Renner: Das sagen doch die eigenen Zustimmer hier im Hohen Hause!)

Ich glaube, niemand auf der Welt wird etwa behaupten wollen, daß Sowjetrußland bereit ist, spontan und völlig uneigennützig die Sowjetzone freizugeben, auf daß sie frei zu uns zurückkehren kann.

[...]

Wir müssen in Europa loskommen von dem **Denken in nationalstaatlichen Begriffen**.

(Lebhafter Beifall in der Mitte und rechts. - Abg. Schmid [Tübingen]: Siehe die Zusatzprotokolle!)

Durch den letzten Krieg, durch die Entwicklung der Waffentechnik und der Technik überhaupt sind ganz andere und neue Verhältnisse in der Welt geschaffen worden. Es gibt **zwei Weltstaaten**, das sind die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland, und es gibt das **Britische Commonwealth**; und dann kommen die **westeuropäischen Länder**, zu denen wir gehören, Länder, die durch die Kriege **wirtschaftlich und machtmäßig verarmt** sind, so daß sie jedes für sich allein nicht in der Lage sind, ihren Angehörigen die Freiheit und einen menschenwürdigen Lebensstandard zu gewährleisten.

(Sehr gut! in der Mitte.)

Diese westeuropäischen Länder sind nicht mehr in der Lage, sich jedes für sich allein zu schützen; sie sind nicht mehr in der Lage, jedes für sich allein die europäische Kultur zu retten. Alle diese Ziele, die uns doch gemeinsam sind, meine Damen und Herren, können nur dann erreicht werden, wenn sich die westeuropäischen Länder zusammenschließen - politisch, wirtschaftlich und auch kulturell - und wenn sie vor allem auch weitere kriegerische Auseinandersetzungen unter sich selbst unmöglich machen.

(Sehr gut! rechts.)

Alles das bezwecken diese **Verträge**, die man über die gegenwärtige Zeitlage hinaus betrachten muß als ein **sehr wesentliches Glied in der Weiterentwicklung zu Europa** hin. Nur diese Politik wird es den europäischen Völkern ermöglichen, den Frieden zu schützen, Europa wieder aufzubauen, die europäische Kultur zu retten und Europa wieder zu einem **maßgebenden Faktor in der Weltpolitik und in der Weltwirtschaft** zu machen.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien. – Abg. Rische: Das sagten auch die Nazis!)

Ich bitte Sie alle, meine Damen und Herren, dem vorliegenden Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Anhaltender lebhafter Beifall in der Mitte und rechts.)

[...]